

Zukunft Verrechnungssteuer (1/3)

Position von Raiffeisen	<ul style="list-style-type: none">■ Ein Reformpaket bestehend aus einer einfach umzusetzenden Zahlstellensteuer und der Abschaffung der Stempelabgabe muss ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Spannungsfeldern «Reduktion der Komplexität» und «Umsetzung der Steuergerechtigkeit» enthalten. Dabei wird für die Gesamtbeurteilung entscheidend sein, wie hoch der Implementierungs- und Umsetzungsaufwand für den Finanzplatz ausfällt und welche Erleichterungen der Finanzplatz hierfür erhält.■ Eine einseitige Verteilung zulasten der Banken (ohne Abgeltung für den entstehenden Mehraufwand) – mit entsprechendem Mehrertrag für den Bund – wird nicht akzeptiert werden.■ Nach zweimaligem Scheitern der Reform der Verrechnungssteuer aufgrund der «Komplexität der Vorlage» sollte die ESTV in den zukünftigen Gesprächen dieselbe Bereitschaft entgegenbringen, wie sie vom EFD signalisiert worden ist (03.2018).■ Raiffeisen und die Inlandbanken schlagen als Alternativkonzept zur Zahlstellensteuer die ersatzlose Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Obligationenzinsen vor.
Bezug zu Raiffeisen	<ul style="list-style-type: none">■ Mit der Abschaffung der Verrechnungssteuer würden der Finanzplatz und die Rahmenbedingungen für die Fremd- und Refinanzierung von Unternehmen und öffentlicher Hand verbessert.
Entwicklung und Kontext des Geschäfts	<ul style="list-style-type: none">■ 07.03.2019: Die Subkommission der WAK-N führt Anhörungen zur Zukunft der VST durch, an welcher auch das Inlandbankenmodell diskutiert wird.■ 12./13.11.2018: Die WAK-N diskutiert mit BR Maurer die Pläne des BR bzgl. Reformierung der Verrechnungssteuer und Wechsel vom Schuldner- zum Zahlstellenprinzip. Unter Vorbehalt der Zustimmung des Büros des NR beschliesst die Kommission mit 16:8 Stimmen, eine Subkommission einzusetzen und diese mit der Erarbeitung eines Vorentwurfs zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative zu beauftragen. Die Subkommission soll ihre Arbeiten mit jenen des BR koordinieren.■ 21.08.2018: Die WAK-S beschliesst mit 6:4 Stimmen / 1 Enthaltung, der pa. Iv. 17.494 Folge zu geben. Die Kommissionsmehrheit will mit dem Beschluss den Wunsch bekräftigen, den Wechsel vom Schuldner- zum Zahlstellenprinzip rasch umzusetzen und dadurch die Nachteile für den Schweizer Kapitalmarkt zu beseitigen.

Zukunft Verrechnungssteuer (2/3)

Entwicklung und Kontext des Geschäfts

- 06.2018: Die Entwicklungen für die Reform der Verrechnungssteuer in der Expertengruppe und der technischen Arbeitsgruppe des Bundes gehen für die Banken in die falsche Richtung. Seitens SBVg wurde um einen Marschhalt sowie um die Möglichkeit einer Sitzung mit BR Maurer gebeten um die verfahrenere Situation zu klären. Trotz der Ankündigung eines Paketes, welches auch die Abschaffung der Stempelsteuer vorsieht, arbeitet die ESTV nur an der Abschaffung der Verrechnungssteuer.
- 20.03.2018: BR Maurer und Staatssekretär Gasser stellen der Branche eine Paketlösung Verrechnungssteuer / Abschaffung Stempelabgabe zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes in Aussicht.
- 23.10.2017: Die WAK-N reicht mit 15:8 Stimmen die Kommissionsinitiative [17.494](#) ein, welche verlangt, die Zinsen für von Schweizer Schuldner (Bund, Kantone, Gemeinden und Wirtschaft) emittierte Obligationen und Geldmarktpapiere von der Verrechnungssteuer zu befreien und diese Steuer durch eine Sicherungssteuer zu ersetzen. Diese auf dem Zahlstellenprinzip beruhende neue Sicherungssteuer soll sämtliche Obligationen- und Geldmarktpapierzinsen erfassen, die an in der Schweiz steuerpflichtige natürliche Personen ausgerichtet werden. Ein freiwilliges Meldeverfahren würde damit ausgeschlossen.

Aktivitäten von Raiffeisen

- 02.2019: Im Auftrag der Inlandbanken erarbeitet die Anwaltskanzlei Prager Dreifuss ein Memorandum zur Umsetzung ihres Konzepts (Abschaffung der VST auf Obligationenzinsen).
- 01.2019: Treffen zum Alternativvorschlag der Inlandbanken zur Reform der VST (ESTV, Raiffeisen, VSKB).
- 11.2018: Die Inlandbanken bedienen ausgewählte Mitglieder der WAK-N mit ihrem Positionspapier zum Alternativvorschlag für die Reform der Verrechnungssteuer.
- 09.2018: Die Inlandbanken sprechen sich dafür aus, anstelle der geplanten Einführung einer Zahlstelle sich mit einem Alternativvorschlag in die Diskussion einzubringen: ersatzlose Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Obligationenzinsen / Verzicht auf eine Zahlstellensteuer. Vorteil dieses Konzepts:
 - Weitgehende Befreiung des Fremdkapitalmarkts
 - Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Fremdfinanzierung aller Unternehmen
 - Effizientere und kostengünstigere Refinanzierung von Unternehmen und der öffentlichen Hand
 - Verbesserung der Bedingungen für strukturierte Produkte und kollektive Kapitalanlagen
 - Wahrung des Bankkundengeheimnisses

Zukunft Verrechnungssteuer (3/3)

Aktivitäten von Raiffeisen	<ul style="list-style-type: none">– Moderater Aufwand in der Umsetzung bei Steuerbehörden und Zahlstellen– Reduktion der Verrechnungssteuerrisiken sowie der Haftung bei den involvierten Akteuren– Massiv reduzierte administrative Aufwände beim Grossteil der Anleger (Wegfall der Rückforderung der Verrechnungssteuer)– Wegfall des Cashflow-Nachteils durch Wegfall der Rückforderung beim Grossteil der Anleger <ul style="list-style-type: none">■ Raiffeisen verfolgt die Entwicklungen und bringt sich aktiv via SBVg (STEKO, VR) ein.
Ausblick	<ul style="list-style-type: none">■ Raiffeisen und die Inlandbanken beobachten die Entwicklungen um die Reform der Verrechnungssteuer und bringen sich aktiv ein.■ Gemäss BR Maurer soll im 2019 die Vernehmlassung zur Reform der Verrechnungssteuer eröffnet werden.